

**Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest**  
**Interdisziplinäre Doktorschule – Teilprogramm Politikwissenschaften**  
**Leiterin der Doktorschule: Prof. Dr. Ellen Bos**

**Thesenblatt zur Dissertation von**  
**Péter Károly Vágó**

**Bilaterale Versöhnungspolitiken in Ostmitteleuropa nach der Wende 1989.**  
**Eine vergleichende Untersuchung der Beispiele von Deutschland und Polen**  
**bzw. Ungarn und der Slowakei aus der Perspektive der**  
**Parteiendifferenzthese**

**Betreuer: Dr. István Kollai**

**Promotionsausschuss**

**Vorsitzende:**

**Prof. Dr. Ellen Bos**

**Gutachter:**

**Dr. habil. Helmut Fehr**

**Prof. Dr. Klaus Ziemer**

**Mitglieder:**

**Dr. Christina Griessler**

**Dr. Christopher Walsch**

**Ersatzmitglieder:**

**Dr. Kristina Kurze**

**Dr. Zoltán Kelemen**

**Eingereicht im Juni 2023**

## **Untersuchungsgegenstand und Forschungsdesign**

Die vorliegende Dissertation knüpft an die qualitative Forschungstradition im Bereich der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung an.

Qualitativ vergleichend untersucht werden in dieser Arbeit die bilateralen post-1989 Versöhnungspolitiken der jeweiligen Regierungen von Deutschland und Polen, bzw. Ungarn und der Slowakei. Unter dem Begriff „Versöhnungspolitik“ wird in der vorliegenden Arbeit ein Politikfeld verstanden, das diejenigen staatlichen Tätigkeiten umfasst, mit denen die jeweiligen Regierungen den Umgang mit einem historisch feindlich betrachteten Nachbarland zu gestalten versuchen. Es sind sowohl positive als auch negative Versöhnungspolitiken möglich. Wenn eine Regierung eine positive Versöhnungspolitik verfolgt, versucht sie die bilateralen Beziehungen zum historisch problematischen Nachbarland auf symbolischer Ebene zu verbessern und dadurch eine größere Akzeptanz seitens der Bevölkerung des Nachbarlandes zu erreichen, sowie die Beurteilung dieses Nachbarlandes durch die eigene Bevölkerung positiv zu beeinflussen. Mit anderen Worten dient eine positive Versöhnungspolitik der allmählichen Überwindung der Last der Geschichte. Wenn eine Regierung eine negative Versöhnungspolitik verfolgt, versucht sie die historischen Konflikte mit dem Nachbarland innenpolitisch zu instrumentalisieren, das Nachbarland als immer noch feindlich bzw. gefährlich in der Öffentlichkeit darzustellen und somit nationalistisch eingestellte Wähler zu mobilisieren. Als gewollte oder ungewollte Folge werden die gegenseitigen Beziehungen bzw. die gesellschaftliche Beurteilung des Nachbarlandes logischerweise negativ beeinflusst.

Die als Paarvergleich angelegte Fallstudie, die diese Arbeit darstellt, ist theoriestend konzipiert. Die Analyse der Versöhnungspolitik erfolgt auf der Grundlage der Parteiendifferenzthese, die als einer der zentralen Theorieansätzen der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung gilt, und die die parteipolitische Färbung der Regierungen für ausschlaggebend hält.

Die zweimal zwei Länder, deren bilateralen staatlichen Versöhnungspolitiken in dieser Dissertation untersucht werden, wurden zur Analyse nach dem Prinzip der Konkordanz (most similar systems design, MSSD) gezielt ausgewählt. Mit der kontrollierten Versuchsanordnung von ähnlich strukturierten Staaten bzw. Paare von Staaten, die signifikante Unterschiede im erforschten Politikfeld aufweisen, wird eine quasi-experimentelle differenzanalytische Untersuchung ermöglicht. Gefragt wird gezielt danach, welche besondere Faktoren die Differenz im untersuchten Politikfeld erklären können.

In dieser Arbeit werden insgesamt **vier Indikatoren der Versöhnungspolitik** untersucht. Die ersten zwei Indikatoren repräsentieren den symbolischen Teil der Versöhnungspolitik, der dritte steht für den eher praktischen, materiellen Teil. Die Indikatoren 1 – 3 sind beobachtbare Policy-Outputs:

Als **Indikator 1** werden die öffentlichen Äußerungen (Regierungsrhetorik) der führenden Politiker der jeweiligen Regierungsparteien zum Thema der nachbarschaftlichen Beziehungen und des schwierigen historischen Erbes sowie der diesbezügliche Inhalt der offiziellen bilateralen Dokumente qualitativ untersucht. Ein besonderer Fokus der Analyse liegt dabei auf die Zeiten der Wahlkampagnen: Wird das Nachbarland während der Wahlkampagnen durch Regierungspolitiker als feindlich bzw. bedrohend dargestellt oder nicht? Dieser Indikator zeigt deutlich, ob in einer Regierungspartei die Absicht vorhanden ist, die problematische Vergangenheit innenpolitisch zu instrumentalisieren.

Als **Indikator 2** werden die verschiedenen Versöhnungsgesten in den bilateralen staatlichen Beziehungen in Betracht gezogen. Untersucht wird, aus welchen Anlässen und an welchen Orten sie stattfanden, was die zentrale Botschaft war und was die teilnehmenden Politiker motivieren konnte. Es werden vor allem die Aktivitäten der höchsten Ebene, also der jeweiligen Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister berücksichtigt. Hierbei empfiehlt sich eine Unterscheidung zwischen expliziten und impliziten Versöhnungsgesten. Eine explizite Geste erfolgt, wenn das schwierige historische Erbe offen angesprochen und dessen Überwindung als gegenwärtiges Ziel betont wird. Eine implizite Geste kann auch ohne Berührung der Vergangenheitsthemen erfolgen, etwa in Form eines Treffens der Staatsoberhäupter aus Anlass der Übergabe einer neuen grenzüberschreitenden Autobahn, das eine freundliche Atmosphäre ausstrahlt und wobei die gute Nachbarschaft gewürdigt wird.

Als **Indikator 3** werden die Gründungen bzw. Entwicklungen der dem expliziten Ziel der Förderung der Versöhnung und guter Beziehungen gewidmeten bilateralen staatlich gegründeten bzw. finanzierten Institutionen, (z.B. Jugendwerk, gemeinsame Stiftungen, Historikerkommission, gemeinsame Preise) berücksichtigt. Dieser Indikator repräsentiert die weniger spektakuläre, aber kostspieligere und dauerhafter wirkende Seite der Versöhnungspolitik. Er spiegelt also gut wider, wie ernst eine Regierung die anhaltende Verbesserung der Beziehungen mit dem historisch problematischen Nachbarland nimmt.

Als ein **zusätzlicher separat behandelter Policy-Impact-Indikator** werden weiterhin die sich wechselnden Ergebnisse regelmäßiger Meinungsumfragen zum Thema Beziehungen zum Nachbarland untersucht.

Die zentralen **Leitfragen** der vorliegenden Arbeit sind folgende:

1. Was haben die jeweiligen deutschen und polnischen bzw. ungarischen und slowakischen Regierungen seit der Wende im Bereich der historischen Versöhnungspolitik getan? Verfolgten sie eine positive Versöhnungspolitik, um die Nachbarschaft von der Vergangenheitslast endgültig zu trennen oder betrieben sie eher eine negative Versöhnungspolitik und versuchten, die alten Konflikte wieder zuzuspitzen? Wann und was wurde gemacht und womit kann das versöhnungspolitische Handeln der verschiedenen Regierungen erklärt werden?

2. Sind die deutsch-polnischen Beziehungen, die in den vergangenen 30 Jahren mit wesentlich mehr staatlichen Versöhnungsinstrumenten (symbolische Gesten, Jugendwerk, gemeinsame Stiftungen usw.) gestaltet wurden, in den Augen der deutschen und polnischen Bevölkerung laut den regelmäßigen Meinungsumfragen langfristig und offenbar besser geworden als die ungarisch-slowakische Beziehungen, die durch staatliche Versöhnungsinstrumente nicht so sehr beeinflusst wurden, in den Augen der ungarischen und slowakischen Bevölkerung?

Vor dem Theoriehintergrund der Parteiendifferenzthese lassen sich die folgenden empirisch überprüfbaren **Hypothesen** ableiten:

H1: Die jeweiligen Regierungen verfolgen eine solche Politik auch im Bereich der Versöhnung, von der sie annehmen, dass sie den Präferenzen ihrer Wählerschaft entspricht und damit ihre Wiederwahl begünstigen kann. Die Dynamik des Versöhnungsprozesses hängt also bedeutend von der parteipolitischen Zusammenstellung der jeweiligen Regierungen ab: Regierungen von Parteien mit ausgeprägt nationalistisch eingestellten Wählerbasen betreiben eine grundsätzlich zögerlichere Versöhnungspolitik und rufen die alten Ressentiments der Bevölkerung in Wahlkampagnen oder in Konfliktsituationen mit dem Nachbarland wahrscheinlicher wieder wach als diejenige Regierungen, die durch solche Parteien zusammengestellt werden, deren Wählerschaft die nationalistischen Töne eher ablehnt.

H2: Nach 30 Jahren sollen die deutsch-polnischen Beziehungen dank der bedeutenden staatlichen Versöhnungsinstrumente, die die historische Versöhnung insgesamt begünstigten, in den Augen der deutschen und polnischer Bevölkerung (nach Angaben der einschlägigen Meinungsumfragen) besser oder zumindest bedeutender verbessert sein als die ungarisch-slowakischen Beziehungen in den Augen der ungarischen und slowakischen Bevölkerung, die

in den vergangenen 30 Jahren durch positive staatliche Versöhnungspolitiken kaum beeinflusst waren.

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit wird in vier Phasen eingeteilt. Als wichtigste Zäsur gilt das Jahr 2004, als Polen, Ungarn und die Slowakei nach langjährigen Bemühungen der Europäischen Union eintreten konnten. Damit werden zwei ungefähr gleich langen Perioden gebildet: die Zeit vor dem EU-Beitritt und die Zeit danach bis zum Russlands Überfall auf die Ukraine im Februar 2022, die beide dann wieder in jeweils zwei Phasen eingeteilt werden.

**Phase I** bildet der Zeitraum zwischen 1989 und 1998. Diese Zeit umfasst die Jahre zwischen der demokratischen Wende und der offiziellen Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit den ersten Ländern (Polen und Ungarn inklusive) aus Ostmitteleuropa. In diesem Zeitraum waren die Regierungen in der Region grundsätzlich motiviert, die europäische Integration ihrer Länder voranzubringen. Es waren schon einige allgemeine Erwartungen seitens der EU bekannt, aber noch ohne eine ganz konkrete Perspektive des Beitritts. Diese Lage war für die Annäherung ehemaliger Feindländer insgesamt günstig, politisch jedoch noch nicht zwingend.

In **Phase II**, zwischen 1998 und 2004 mussten die damaligen Regierungen schon konkrete Erwartungen während der Beitrittsverhandlungen erfüllen und ihre Offenheit und Wohlwollen auch Richtung ihrer historisch unbeliebten Nachbarländer eindeutig zeigen.

**Phase III** bilden in dieser Arbeit die Jahre zwischen 2004 und 2015. In dieser Zeit mussten schon keine Regierungen ihre freundlichen und konstruktiven Absichten demonstrieren. Es eröffnete sich ein großer Handlungsspielraum für rein innenpolitisch motiviertes Verhalten und damit für die Erscheinung bedeutender Parteienunterschiede im Bereich der Versöhnungspolitik.

In **Phase IV** werden die Entwicklungen der letzten Jahre vom Herbst 2015, der Zeit der besonders folgenreichen Flüchtlingskrise und des Regierungswechsels in Polen, bis zum 24. Februar 2022 analysiert, die zwischen den beiden untersuchten Länderpaaren recht unterschiedlich waren.

## **Forschungsstand und der Mehrwert dieser Dissertation**

Über die Geschichte der einzelnen untersuchten Länder, ihre allgemeine politische Entwicklung und Außenpolitik sowie über die allgemeinen bilateralen Beziehungsgeschichten stehen zahlreiche wertvolle Arbeiten zur Verfügung. Auch das breitere Rahmenthema Versöhnung wird intensiv erforscht, jedoch meistens nicht aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Die

Literatur zur Parteiendifferenzthese, dem ausgewählten Theorieansatz dieser Arbeit ist auch ziemlich reich. Zu den in dieser Dissertation behandelten Themen waren die im Literaturverzeichnis aufgelisteten Arbeiten der folgenden, mehrere unterschiedlichen Disziplinen vertretenden Experten (die Namen stehen in alphabetischer Anordnung) besonders wichtig.

Zum theoretischen Hintergrund der Arbeit sind vor allem die oft schon als Standardwerke des Themas geltenden Publikationen von Nils C. Bandelow, Anthony Downs, Felix Heidenreich, Douglas A. Hibbs, Detlef Jahn, Frank Janning, Gary S. Schaal, Manfred G. Schmidt, Volker Schneider, Klaus Schubert und Reimut Zohlnhöfer hervorzuheben.

Zum allgemeinen Thema der Versöhnung und Versöhnungsprozesse fand ich die Arbeiten von Corine DeFrance, Gregor Feindt, Lily Gardner Feldman, Urszula Pękala, Ulrich Pfeil, Ann L. Phillips, Birgit Schwelling und Pierre-Frédéric Weber besonders aufschlussreich.

Was den allgemeinen historischen Hintergrund angeht, waren die Publikationen von Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej, István Käfer, István Kollai, Dušan Kováč, Ignác Romsics, Krzysztof Ruchniewicz und László Szarka von der größten Bedeutung.

Um die allgemeinen Entwicklungen in der polnischen Politik bzw. im deutsch-polnischen Verhältnisses seit 1989 gut verstehen und einordnen zu können, waren mir die verschiedenen Arbeiten besonders von Jan Barcz, Dieter Bingen, Piotr Buras, Waldemar Czachur, Helmut Fehr, Stefan Garsztecki, Wolfram Hilz, Basil Kerski, Bogdan Koszel, Jerzy Kranz, Jacek Kucharczyk, Roman Kuźniar, Kai-Olaf Lang, Peter Oliver Loew, Agnieszka Łada-Konefał, Theo Mechtenberg, Markus Mildenberger, Stephan Raabe, Krzysztof Ruchniewicz, Jerzy Sułek, Rafał Ulatowski, Reinhold Vetter, Jerzy J. Wiatr, Kazimierz Wóycicki, Klaus Ziemer und Robert Żurek hilfreich.

Im Falle Ungarns und der Slowakei waren diesbezüglich die Publikationen von Ferenc Boros, Ellen Bos, Rudolf Chmel, Pál Dunay, Oľga Gyárfášová, Iván Halász, Judit Hamberger, Géza Jeszenszky, László J. Kiss, István Kollai, Miroslav Kusý, Paul Lendvai, Grigorij Mesežnikov, Miklós Mitrovits, Kálmán Petőcz, Karel Vodička und Wolfgang Zellner am wichtigsten.

Über die einschlägige Forschungsliteratur hinaus wurden die themenbezogenen Reden und anderen öffentliche Äußerungen von führenden Politikern und die öffentlich zugänglichen Dokumente der relevanten staatlichen Organe und die zur Verfügung stehenden Daten der verschiedenen Meinungsumfragen zum Thema Beurteilung des Nachbarlandes berücksichtigt. Die relevanten Presseartikel waren vor allem für die noch weniger erforschten letzten Jahre nützliche Quellen. Ergänzt wurde die Arbeit auch durch ein Interview mit Géza Jeszenszky,

Außenminister Ungarns zwischen 1990 und 1994 (Budapest, 23. 07. 2021). Diese Materialien wurden in dem empirischen Hauptteil der Arbeit zusammengeführt und kritisch eingeordnet.

Diese Dissertation hat **drei zentrale Ziele**, die ihren Mehrwert begründen sollen.

Erstens stellt sie die erste systematische Untersuchung der 30-jährigen Entwicklungen dieser beiden bilateralen Versöhnungspolitiken seit der Wende 1989 dar, die auch die wichtigen Geschehnisse der letzten Jahre bis zur neuen großen und dramatischen „Zeitenwende“ vom 24. Februar 2022 in die Analyse einbezieht. Der Beobachtungszeitraum ist bewusst so lang, damit die wichtigsten Tendenzen und langfristigen Veränderungen im untersuchten Politikbereich offenbar werden. Somit wird ermöglicht, einen Erkenntnisfortschritt zu erreichen, dank dem man (hoffentlich auch für den breiteren Fachbereich relevante) neue Einsichten gewinnen kann. Zweitens ist auf theoretischer Ebene wichtig, dass mit ihrer Anwendung im Bereich der Versöhnungspolitik, die Erklärungskraft der aus der Wirtschaftspolitik stammenden Parteiendifferenzthese in einem neuen Politikfeld getestet werden kann. Damit möchte die Arbeit zur Theorieentwicklung beitragen. Drittens möchte diese Dissertation die versöhnungspolitischen Entwicklungen im ungarisch-slowakischen Verhältnis, die in der deutschsprachigen Fachliteratur so detailliert noch nicht behandelt waren, für die deutschsprachige Politikwissenschaft im Allgemeinen etwas bekannter machen. Wie die verehrten Leser der Arbeit sicherlich sehen werden, weisen die ungarisch-slowakischen Verhältnisse zahlreiche bemerkenswerte Parallelen zu Deutschlands oder Österreichs historisch schwierigen bilateralen Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten auf, die eventuell auch im Unterricht interessant sein können.

## **Aufbau der Arbeit**

Nach der Einleitung werden im Kapitel 2 zunächst die theoretischen Grundlagen der Studie erarbeitet. Nach der Erklärung der wichtigsten Begriffe des Rahmenthemas Versöhnung (2.1.) werden die vergleichende Staatstätigkeitsforschung und die Parteiendifferenzthese kurz dargestellt (2.2.). Anschließend erfolgt eine Nominaldefinition der Versöhnungspolitik mit der Darstellung ihrer Indikatoren und wichtigsten Besonderheiten (2.3.). Danach wird auf die vier untersuchten Phasen nach 1989 (2.4.) und schließlich auch auf die Beschränkungen des Projekts (2.5.) eingegangen.

Kapitel 3 ist dem historischen Hintergrund der beiden Beziehungsgeschichten gewidmet. In zwei Unterkapiteln werden die wichtigsten Altlasten der deutsch-polnischen

(3.1.) und der ungarisch-slowakischen (3.2.) Beziehungen dargestellt. Abschließend wird in einem dritten Unterkapitel (3.3.) auf die interessanten Parallelen sowie die bedeutendsten Unterschiede der beiden Verhältnisse im historischen Kontext eingegangen.

Die folgenden zwei Kapitel bilden den empirischen Hauptteil der Arbeit. In jeweils vier Phasen eingeteilt wird die bilaterale Versöhnungspolitik zuerst im deutsch-polnischen (Kapitel 4), dann auch im ungarisch-slowakischen (Kapitel 5) Kontext in einer identischen Struktur untersucht. Zuerst werden immer die parteipolitische Zusammensetzung der jeweiligen Regierungen in den ausgewählten Ländern sowie die nachweisbaren Determinanten ihres versöhnungspolitischen Handelns analysiert. Danach werden die wichtigsten versöhnungspolitischen Entwicklungen in klassischer diachroner Manier erzählt, die zur Verfügung stehenden relevanten Umfragedaten dargestellt und die Untersuchungsergebnisse aus der gegebenen Phase ausgewertet.

Abschließend, im Kapitel 6 werden die wichtigsten Einsichten zusammengefasst und ein kurzer Ausblick gegeben.

## **Untersuchungsergebnisse**

Zwischen 1989 und 1998 wurde die bilaterale Versöhnungspolitik zwischen den beiden Länderpaaren völlig anders gestaltet. Im deutsch-polnischen Fall waren beide Seiten schon im Herbst 1989 gleich motiviert, ihre historisch belasteten Beziehungen dauerhaft zu verbessern. Für die Bundesregierungen war die konsequent versöhnliche Haltung gegenüber den ehemaligen Opfern NS-Deutschlands mit Rücksicht auf die internationale Beurteilung des Landes stets enorm wichtig und auch die erfolgreiche Westbindung Polens stand eindeutig im Interesse der Bundesrepublik. Aus polnischer Sicht war das gute Verhältnis zum sich vereinigenden Deutschland bezüglich der als strategisches Ziel betrachteten „Rückkehr nach Europa“ einfach unabdingbar. Dank des eindeutigen politischen Willens kam es zu einer ununterbrochenen Freundschaftsrhetorik, erfolgten bedeutende Gesten auf höchster Ebene, wie die Kreisauer Versöhnungsmesse 1989 oder die Warschauer Rede Roman Herzogs im August 1994, wurden am Ende 1990 die Grenzen bestätigt und im Juni 1991 ein auch im internationalen Vergleich besonders umfangreicher Nachbarschaftsvertrag unterzeichnet sowie bedeutende bilaterale Institutionen nach deutsch-französischem Muster etabliert.

Gleichzeitig blieben die ungarisch-slowakischen Beziehungen in diesen Jahren dauerhaft belastet. Der auffällige Unterschied ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Erstens war der Problemdruck in diesem Fall eindeutig geringer, in beiden Ländern war vor allem die

Verstärkung der Beziehungen zu westlichen Partnern angestrebt, das nachbarschaftliche Verhältnis war nicht strategisch wichtig. Zweitens wurden in der Slowakei, in der auch eine große ungarische Minderheit gerade entlang der Grenze lebte, die alten Ängste und Ressentiments gegenüber Ungarn, besonders vor dem bedrohenden Hintergrund der bewaffneten Konflikte im Ex-Jugoslawien, sowohl spontan als auch innenpolitisch motiviert wieder wachgerufen. Drittens war im ungarisch-slowakischen Verhältnis (im Gegensatz zum deutsch-polnischen Fall) gar nicht eindeutig, welche Seite die größere historische Verantwortung für die Belastungen der Beziehungen hatte. Deswegen scheiterten auch die Versuche, eine gegenseitige große Vergebungsbittte der beiden Parlamente gemeinsam auszuarbeiten. Im praktisch nur auf entschiedenem westlichem Druck unterschriebenen Grundlagenvertrag 1995 wurden alle historisch sensiblen Themen einfach ausgeklammert.

In den Jahren zwischen 1998 und 2004 waren die grundlegenden Tendenzen in beiden bilateralen Verhältnisse schon ziemlich ähnlich. Die deutschen und polnischen Regierungen hatten eine ununterbrochen markant versöhnliche Haltung und betrachteten Polens EU-Integration als gemeinsames Hauptziel, die einen Höhepunkt der Annäherung bedeuten sollte. Im ungarisch-slowakischen Fall waren die ungarischen und die (durch die Vertreter der ungarischen Minderheit ergänzten neuen) slowakischen Regierungen als EU-Beitrittskandidaten ebenso motiviert, eine sichtbare Annäherung aufweisen zu können. Die früheren lautstarken Konflikte wurden also meistens vermieden und die Absicht, stets als gute Nachbarn zu kooperieren, betont. Der sichtbarste Moment der Annäherung in dieser Phase war zweifelsohne die Übergabe der nach der Kriegszerstörung wiederaufgebauten Donaubrücke zwischen Esztergom und Štúrovo (ung. Párkány) im Oktober 2001. Im Gegensatz zum deutsch-polnischen Paar kam es aber im ungarisch-slowakischen Fall weiterhin zu keinen großen expliziten Versöhnungsgesten oder Institutionsgründungen.

Die dritte Phase, die praktisch das erste gemeinsame Jahrzehnt dieser Länder in der EU bis Herbst 2015 umfasst, war eine besonders wechselvolle Zeit. Sie weist aber eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit der Entwicklung beider Verhältnisse auf. Mit dem polnischen Regierungswechsel 2005 und dem slowakischen im Jahre 2006, als es zum ersten Mal nach dem EU-Beitritt solche Kräfte an die Macht kommen konnten, die die für Nationalismus anfällige Wähler ansprechen wollten, erfolgte eine rapide Klimaverschlechterung in beiden bilateralen Verhältnissen. Diese Entwicklung zeugt davon, dass die dafür anfälligen Parteien die „deutsche Gefahr“ bzw. die „ungarische Karte“ ohne die starke konfliktmildernde Motivation der Perspektive der EU-Mitgliedschaft auch vorher gerne ausgespielt hätten und dass viele Wähler die Annäherung ans historisch problematische Nachbarland in der Tat noch

gar nicht gerne sahen. Nach dem schnellen Sturz der ersten PiS-Regierung im Herbst 2007 kam es im deutsch-polnischen Verhältnis erneut zu einer gegenseitig betonten Freundschaftsrhetorik und bedeutenden Gesten auf höchster Ebene. Im ungarisch-slowakischen Fall wurde ein konfliktvermeidender, die pragmatische Gutnachbarschaft betonender neuer Kurs erst ab Mitte 2010, nachdem die markant ungarnefeindliche slowakische Dreierkoalition die Macht verloren hatte, eingeschlagen. Trotz der bedeutenden Annäherung und der verstärkten Zusammenarbeit erfolgten im ungarisch-slowakischen Verhältnis weiterhin keine großen Gesten und auch die 2009 einmal schon vorgeschriebene bilaterale Institutionsgründungen blieben aus.

In der vierten Phase, zwischen der Flüchtlingskrise bzw. dem polnischen Regierungswechsel 2015 und dem Ausbruch des Angriffskriegs des russischen Präsidenten gegen die Ukraine im Februar 2022, wurden die Rollen aus der ersten Phase praktisch getauscht: während die deutsch-polnischen Beziehungen ihre schwerste Krise seit der Wende erlebten, die Vergangenheitsdebatten erneut zum wichtigen politischen Thema wurden und die bisherige Versöhnungspolitik nur stark eingeschränkt und distanziert fortgesetzt werden konnte, erfolgte im ungarisch-slowakischen Verhältnis ein seit 1989 präzedenzloser Schulterschluss der Regierungen, die sich vor dem Hintergrund einer konsequenten, ein starkes „Wir-Gefühl“ strahlenden Freundschaftsrhetorik als (in Allianz mit Polen und Tschechien) tapfere Verteidiger der „normalen“ Mitteleuropäer gegen die Erwartungen der „dekadenten“ Westeuropäer, besonders was die Migrationspolitik angeht, profilierten.

Betrachtet man die in dieser Arbeit an den obigen Beispielen untersuchten Versöhnungspolitik aus der Perspektive der Parteiendifferenzthese, muss man feststellen, dass diese Beispiele die Erklärungskraft bzw. die Prognosefähigkeit der These weitgehend bestätigen, die aber keinesfalls deterministisch sind.

Markante Parteeffekte in der Versöhnungspolitik waren vor allem in Polen und der Slowakei zu beobachten. Nimmt man die polnischen Regierungen 2005-2007 und nach 2015 auf der einen und die Regierungen zwischen 2007 und 2015 auf der anderen Seite, sind die Unterschiede im Bereich der Versöhnungspolitik nach den Parteifarben offensichtlich. Dasselbe gilt in der Slowakei, wenn man die Regierungen 1994-1998 und 2006-2010 auf der einen und die Regierungen 1998-2006 auf der anderen Seite vergleicht. Im Falle Deutschlands waren solche Unterschiede ganz gering und auch im ungarischen Fall weniger ausgeprägt. Dieser Unterschied ist wahrscheinlich auf die völlig unterschiedliche innenpolitische Bedeutung der Gestaltung der Beziehungen zum historisch problematischen Nachbarland zurückzuführen. Wenn es um ein größeres Nachbarland geht, das als potenzielle Bedrohung dargestellt werden kann, ist das bilaterale Verhältnis ein wichtigeres Thema für die Wähler. Die

Parteieneffekte im Bereich der Versöhnungspolitik waren also in den jeweils kleineren betroffenen Ländern nachweisbar bedeutender.

Hinsichtlich der Frage nach dem Policy-Impact, also der messbaren gesellschaftlichen Wirkung des sich wechselnden versöhnungspolitischen Handelns der Regierungen nach den diesbezüglichen Umfragedaten, muss man zuerst feststellen, dass die zur Verfügung stehenden unterschiedlichen deutsch-polnischen und die wesentlich weniger ungarisch-slowakischen Daten leider nur begrenzt vergleichbar waren. Die letzten zur Verfügung stehenden und in der Dissertation dargestellten Daten aus 2022 zeugen aber ziemlich eindeutig davon, dass die gegenseitige Wahrnehmung der Ungarn und der Slowaken am Ende des untersuchten Zeitraums 1989-2022 gerade besser war, als die der Deutschen und der Polen. Dies deutet darauf hin, dass die gegenseitige Akzeptanz bzw. die Intensität der Kontakte drei Jahrzehnten nach der Wende zwischen den Ungarn und den Slowaken deutlich höher war, als im Falle der Deutschen und der Polen. In diesem Sinne wurde die Annahme nicht bestätigt, dass die gegenseitige Wahrnehmung im deutsch-polnischen Fall dank der bedeutenden versöhnungspolitischen Aktivitäten der Regierungen nach 1989 messbar besser als im ungarisch-slowakischen Verhältnis werden sollte. Wegen Mangel an den vergleichbaren Daten für den ganzen Untersuchungszeitraum blieb es aber leider unbekannt, ob die gegenseitige Wahrnehmung im deutsch-polnischen Verhältnis insgesamt bedeutender verbessert wurde als im ungarisch-slowakischen.

Aus den Forschungsergebnissen der Dissertation sind mit einer vorsichtigen Generalisierung die folgenden allgemeinen Aussagen abzuleiten:

1. Die Frage der historischen Versöhnung mit einem Nachbarland betrachten die jeweiligen Regierungen weitgehend pragmatisch. Falls die (weitere) Annäherung an ein historisch problematisches Nachbarland keine konkreten Vorteile verspricht bzw. diesbezüglich kein bedeutender internationaler Druck ausgeübt wird, wird auf sie einfach verzichtet oder die alten Konflikte in den innenpolitischen Kämpfen sogar bewusst zugespitzt.
2. Die bilateralen Vergangenheitsthemen haben meistens in dem jeweils kleineren Land eine größere innenpolitische Bedeutung, in dem viele Menschen das größere Nachbarland als potenzielle Bedrohung wahrnehmen können. Aufgrund dieser größeren gesellschaftlichen Empfindlichkeit hängt die jeweilige Entwicklung der bilateralen Versöhnungspolitik stärker von den Regierungen des kleineren Landes ab. Wenn sie in

der Innenpolitik gerade mit einem harten Kollisionskurs punkten wollen, können die Regierungen im größeren Land die Konflikte nur mildern.

3. Falls sie für die Sicherung der Regierungsmehrheit unbedingt nötig sind, können auch die kleineren Koalitionspartner die Gestaltung der Versöhnungspolitik nach ihren Erwartungen wesentlich beeinflussen.
4. Ziemlich stark beeinflusst das versöhnungspolitische Handeln des Staates auch der persönliche Hintergrund der jeweiligen Spitzenpolitiker. Wenn jemand, wie Ministerpräsident Tusk in Polen oder Präsident Schuster in der Slowakei, die Sprache des Nachbarlandes ausgezeichnet spricht und gerne benutzt und starkes Interesse am Nachbarland hat, wird diese Person auch in der Politik wahrscheinlich markant versöhnungsorientiert auftreten. Und auch umgekehrt: wenn jemand, wie PiS-Parteichef Kaczyński, aus einem gegenüber dem Nachbarland ausgeprägt skeptischen Milieu kommt und das Nachbarland aus eigener Erfahrung praktisch gar nicht kennt, wird er höchstwahrscheinlich überdurchschnittlich versöhnungsfeindlich handeln.
5. Die runden Jahrestage wichtiger historischer Ereignisse sind im Bereich der Versöhnungspolitik von grundlegender Bedeutung. Sie gelten, wie im Theorieteil dargelegt, als Gelegenheitsfenster („window of opportunity“) für die politischen Akteure. Daten, wie z. B. der 50. Jahrestag des Warschauer Aufstands 1944 oder der 100. Jahrestag des Friedensvertrags von Trianon, wann die damaligen Ereignisse die Öffentlichkeit besonders stark beschäftigen, sind exzellente Anlässe für Politiker für Gesten und neue Initiativen oder aber für eine markante Bestätigung der tradierten Narrativen.
6. Die gesellschaftliche Wirkung der bilateralen Versöhnungspolitik ist zahlenmäßig nur begrenzt nachzuweisen. Insgesamt kann man davon ausgehen, dass die positive staatliche Kommunikation über das jeweils andere Nachbarland und die medienwirksamen Gesten auf höchster Ebene sicherlich eine nicht geringe handlungsnormierende Wirkung haben, denn sie verbreiten die Botschaft, dass die Überwindung der alten Konflikte seitens des Staates angestrebt und gewissermaßen auch erwartet sei. Die gegensätzliche Botschaft hat logischerweise auch eine gegensätzliche Wirkung. Die Tätigkeit eines Jugendwerks oder gewisser Stiftungen hat verständlicherweise eine wesentlich begrenztere gesamtgesellschaftliche Wirkung, nur die Einstellungen der Teilnehmer und ihrer Familien und Freundeskreise können sie dauerhaft und bedeutend beeinflussen und mehrere Zehn- oder sogar Hunderttausende von gegenüber dem Nachbarland engagierten Menschen machen in Prozenten einen

eher geringen Anteil der Gesellschaft aus. Diese Personen, die dank der staatlichen Unterstützung eine gewisse Zeit im jeweils anderen Land verbringen und hoffentlich sogar die Sprache und Kultur kennenlernen, sind aber als potenzielle Multiplikatoren, die die erfolgreiche Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen vertiefen können, enorm wichtig.